



Über „Täter“ und „Opfer“ in der Demokratie

Kooperationstagung

des Gesellschaftswissenschaftlichen Instituts München
für Zukunftsfragen,

der Akademie Führung und Kompetenz am Centrum
für angewandte Politikforschung München (CAP)

und des Netzwerks Politische Bildung Bayern

www.gimuenchen.de

25. Februar 2017
14.00 Uhr bis 21.30 Uhr
Senatssaal des Bayerischen Landtags

ZUR TAGUNG

Gerade im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik lässt sich eine Eskalation des politischen Streits feststellen: Die Fronten zwischen PEGIDA, AFD und Co. auf der einen Seite und zivilgesellschaftlichen Akteuren einer Willkommenskultur auf der anderen Seite verhärten sich. Vergleicht man beispielsweise die Einträge auf den Facebookseiten von PEGIDA und PEGIDA#watch, zeigt sich nicht nur eine klare Abwertung der jeweils anderen Gruppierung, sondern auch ein starker Hang zur Selbstgerechtigkeit und zur Diskreditierung des „Feindes“. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich beide Seiten der Konfliktgegner oftmals als diskriminiertes „Opfer“ der jeweils anderen Seite empfinden, gegen die man sich zur Wehr setzen müsse.

Betrachtet man die inhaltliche Seite der Flüchtlingsthematik lässt sich oftmals ebenfalls eine Täter-Opfer-Sprache identifizieren. Sei es wenn die Mehrheitsgesellschaft Minderheiten vorwirft, diese wollten einen ohnehin nur ausnutzen und seien gar nicht bereit, sich zu integrieren oder wenn Minderheiten der Mehrheitsgesellschaft pauschal den Vorwurf machen, diese würde sie diskriminieren und ablehnen.

Und auch bei dem Thema „Politikverdrossenheit“ finden sich Hinweise darauf, dass viele Bürger/innen hier in einer Täter-Opfer-Logik denken, beispielsweise wenn die eigene Ohnmächtigkeit gegen „die da oben“ thematisiert wird oder gar Verschwörungstheorien vorgebracht werden. Umgekehrt sehen sich wiederum auch Politiker/innen als Opfer einer pauschalen Verunglimpfung ihres Berufsstandes und unfairer öffentlicher Angriffe.

Woher aber kommt die Tendenz, in der Demokratie von Tätern und Opfern zu sprechen? Und lassen sich mit diesen Begriffen politische Phänomene in der Demokratie angemessen beschreiben? Wo haben wir es in der Demokratie wirklich mit Taten und Opfern zu tun? Und wo ist die Verunglimpfung der anderen als Täter und die Selbstinszenierung als Opfer nur ein Mittel in der politischen Auseinandersetzung? Welche Gefahren liegen in der Opfer-Täter-Logik? Und wie kann politische Bildung auf diese Problematik angemessen reagieren?

Wir freuen uns darauf, mit Ihnen diese und weitere Fragen zu diskutieren!

Dr. phil. habil. Karin B. Schnebel
(Vorsitzende des Gesellschaftswissenschaftlichen Instituts München für
Zukunftsfragen)

PROGRAMMÜBERSICHT

- 14.00 Uhr-14.15 Uhr **Begrüßung und Einführung in das Thema**
(Senatssaal)
- 14.15 Uhr-15.15 Uhr **Parallele Vorträge / Workshops**
- Dr. habil. Karin B. Schnebel:
Dilemmata in der Migrationsgesellschaft
(Senatssaal)
- Florian Wenzel, M. A.:
Mehr als eine Demokratie
(Saal 1)
- 15.15 Uhr-15.30 Uhr **Kaffeepause**
- 15.30 Uhr-16.45 Uhr **Plenumsvortrag**
(Senatssaal)
- Dr. phil. Peter Seyferth:
Verschwörungstheoretisches Denken und die Lizenz
zum Töten in der Konkurrenzdemokratie
- 16.45 Uhr-17.00 Uhr **Kaffeepause**
- 17.00 Uhr-18.00 Uhr **Parallele Vorträge / Workshops**
- Dr. Katharina Crepaz/Ekaterina Zeiler, M.A.:
Wie Opfer zu Tätern werden
(Senatssaal)
- Christian Rehbein:
Institutioneller Rassismus in Deutschland?
(Saal 1)

18.00 Uhr-18.15 Uhr

Kaffeepause

18.15 Uhr-19.15 Uhr

Plenumsvortrag

(Senatssaal)

Dr. Christian Boeser-Schnebel:
Politik Wagen – Ein Argumentationstraining

19.15 Uhr-20.00 Uhr

Abendessen

20.00 Uhr-21.30 Uhr

Podiumsdiskussion

(Senatssaal)

MdL Robert Brannekämper (CSU)

Münchens Oberbürgermeister a.D. Christian Ude
(SPD)

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld (CAP)

Moderation: Dr. habil. Karin B. Schnebel

ABSTRACTS & KURZVITAS

Dr. habil. Karin B. Schnebel:
Dilemmata in der Migrationsgesellschaft
(14.15-15.15 Uhr, Senatssaal)

Integration wird heute als ein Prozess zwischen Einwanderern und der Gesamtgesellschaft betrachtet. Beispielsweise heißt es in einem Beschluss der nordrhein-westfälischen Landesregierung: „Integration ist kein einseitiger Anpassungsakt von Zugewanderten, sondern ein interaktiver Prozess zwischen Zuwanderern und Aufnahmegesellschaft, der sowohl eine Integrationsleistung der Zuwanderer als auch eine Veränderung der Mehrheitsgesellschaft beinhaltet“. Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft muss vor diesem Hintergrund Bildungsangebote für Einwanderer, für die Aufnahmegesellschaft sowie für den Austausch zwischen beiden Gruppen reflektieren und theoretisch verorten. In allen drei Fällen ist ein offensiver Umgang mit Konflikten und hier insbesondere mit Dilemmata unabdingbar.

Im Rahmen dieses Vortrags sollen politische Dilemmata in der Migrationsgesellschaft aufgezeigt (Taylor 1997; Schnebel 2003; Schnebel 2014; Schnebel 2015) und mit Hilfe des Werte- und Entwicklungsquadrates analysiert und verdichtet werden. Darauf aufbauend soll das Potential dieser Betrachtungsweise für politische Lernprozesse in der Migrationsgesellschaft aufgezeigt werden. Die Idee zum Werte- und Entwicklungsquadrat, mit dem seit einigen Jahren in der politischen Bildung gearbeitet wird, hatte ursprünglich der Philosoph Nicolai Hartmann, der sich dabei auch auf die Nikomachische Ethik von Aristoteles bezieht. Weiter entwickelt wurde der Ansatz von einem Schüler Hartmanns, dem Psychologen Paul Helwig. Populär wurde es schließlich durch den Kommunikationswissenschaftler Friedemann Schulz von Thun (2001).

Das größte Potential dieses Ansatzes liegt in der Stärkung einer zivilen politischen Streitkultur für die Migrationsgesellschaft. Die für Lernende oft überraschendste Erkenntnis aus der Auseinandersetzung mit Wertequadraten liegt nämlich darin, eine wertschätzende Perspektive gegenüber dem Wert einzunehmen, den man anfangs selbst abgelehnt hat, da man nicht länger nur die entwertende Übersteigerung wahrnimmt (Schnebel 2015). Und gerade dies ist für eine Migrationsgesellschaft mit großen kulturell und religiös bedingten Werteunterschieden vielleicht das Zentrale.

Dr. phil. habil. Karin B. Schnebel ist Wissenschaftliche Leiterin des Gesellschaftswissenschaftlichen Institutes München für Zukunftsfragen e.V. (GIM). Promotion und Habilitation in Politikwissenschaft. Forschungsschwerpunkte: Minderheiten und Integration, Religion, Politiktheorie und Politische Bildung (Demokratie, Politikverdrossenheit).

Literatur

Schnebel, K. B.: Europäische Minderheiten im Dilemma zwischen Selbstbestimmung, Integration und Segregation. Wiesbaden 2015.

Schnebel, K. B.: Selbstbestimmung in multikulturellen Gesellschaften. Dargestellt am Beispiel Frankreich, Deutschland und Spanien. Wiesbaden 2003.

Schnebel, K. B.: Selbstbestimmung oder Geschlechtergerechtigkeit. Wiesbaden 2014.

Schnebel, K. B.: Das Werte- und Entwicklungsquadrat – ein Ansatz zum Erkennen und Verstehen von politischen Konflikten. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 03/2015.

Florian Wenzel, M. A.:
Mehr als eine Demokratie
(14.15-15.15 Uhr, Saal 1)

Was meinen wir, wenn wir von Demokratie sprechen? Ein institutionelles Gefüge? Eine Werthaltung im persönlichen Umgang miteinander? Eine Lebensform, die konstruktiv mit Kommunikation und Konflikt umgeht? Ein westliches Modell mit Begrenzungen oder ein normatives Fundament, das universell gültig ist? Was verstehen wir konkret unter Freiheit, Gleichheit und Rechten? Wo übernehmen wir Verantwortung – für uns und für Andere?

„Mehr als eine Demokratie“ ist ein umfassendes Fortbildungskonzept, welches Demokratie und ihre wichtigsten Wertvorstellungen durch die Lupe von unterschiedlichen Ausprägungen der Demokratie untersucht. Dabei werden sieben Spielarten der Demokratie präsentiert: die neutral-liberale, die wertorientierte liberale Demokratie, die soziale, sozialistische, multikulturelle, nationale und feministische Demokratie. Das Werk stammt vom Jerusalemer „Adam Institute for Democracy and Peace“ und wurde von dessen Leiterin Dr. Uki Maroshek-Klarman sowie Saber Rabi verfasst. Es wurde von der Akademie Führung & Kompetenz am Centrum für angewandte Politikforschung München adaptiert. Das Konzept ist eine Erweiterung des in der deutschen Bildungslandschaft bereits gut etablierten Programms „Betzavta/Miteinander“. Der Fokus des Programms liegt weiterhin auf der Arbeit mit eigenen Dilemmata: Durch Reflexion und Irritation werden neue Sichtweisen und Haltungsveränderungen ermöglicht, und die Lust geweckt, eine aktive Rolle bei der Gestaltung von Demokratie zu übernehmen. Darüber hinaus bieten theoretische Artikel einen orientierenden Bezugsrahmen für aktuelle politische Diskussionen.

In der Seminarpraxis werden die Teilnehmenden (wie auch die Seminarleitung) hinsichtlich ihrer eigenen Verantwortung, der inhaltlichen Positionierung, des Tuns und Lassens in der Seminargruppe sowie ihrer Gestaltungsmöglichkeiten im eigenen Umfeld kritisch hinterfragt und gleichzeitig bestärkt. Das Training ist ein Beitrag dazu, das Niveau gesellschaftlicher Auseinandersetzungen im persönlichen wie politischen Umfeld zu heben. Es hilft, differenziert zu denken und begründet zu handeln. Die Teilnehmenden erleben das live und voller Spannung, Unerwartetem und immer neuen Gruppenprozessen. Das Wichtigste für die Seminarpraxis: „Mehr als eine Demokratie“ lädt ein zum Nachdenken. Es macht Spaß zu erleben, wie es funktionieren kann, sich Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen und demokratische Beteiligung im Alltag zu realisieren.

Florian Wenzel ist freiberuflicher Trainer und Prozessbegleiter (www.peripharia.de), Mitarbeiter am Centrum für angewandte Politikforschung München (www.cap-akademie.de). Seine Arbeitsschwerpunkte sind Demokratie-Lernen, interaktive Moderation und Evaluation sowie die Konzeption von didaktischem Material für die politische Bildung.

Dr. phil. Peter Seyferth:
Verschwörungstheoretisches Denken
und die Lizenz zum Töten in der Konkurrenzdemokratie
(15.30-16.45 Uhr, Senatssaal)

In Krisenzeiten ist der Bedarf an Erklärungen besonders stark, da man hofft, durch Informiertheit der Unsicherheit begegnen zu können. Aber gerade in schwierigen Situationen wären korrekte Erklärungen zu komplex, um zufriedenstellend zu sein. Daher erfreuen sich einfache Erklärungen so großer Beliebtheit. In Verschwörungstheorien wird unterstellt, dass das, was passiert, aufgrund geheimer Absprachen und Taten einiger weniger Mächtiger passiert. Zugleich wird dies als schlecht bewertet. Die Bewertung ist mit demokratischen Werten kompatibel: Obwohl das Volk sich doch selbst regieren sollte, wird es auf undurchsichtige Weise von illegitimen Mächten beherrscht. Die Unterstellung hingegen zeugt von der autoritären Fantasie, wenige Menschen könnten ihren Willen erfolgreich und unangefochten allen anderen Menschen aufzwingen.

Joseph Schumpeters Demokratietheorie geht davon aus, dass sich das Volk nicht selbst regieren kann, weil es dafür zu „infantil“ ist. Es soll vielmehr von der regierenden Elite dahingehend manipuliert werden, dass es will, was es wollen soll. Seine Beteiligung am Staat soll sich auf den reinen Wahlakt beschränken. Bei der Wahl konkurrieren politische Gegner um Machtpositionen. Das gilt als friedliche Variante des Austauschs von Regierungspersonal und ist bis heute analytischer Kern der empirischen Demokratiekomparatistik. Über die Wahl hinausgehende Bürgerbeteiligung gilt in diesem Modell als Störfaktor.

Niemand lässt sich gerne nachsagen, infantil zu sein. Allerdings ist Schumpeters Argument nicht ganz von der Hand zu weisen: Die Unfähigkeit der Bürger zur Selbstregierung liegt in der fehlenden Übung. Daher taucht bei vielen mit den Eliten unzufriedenen Bürgern die Forderung nach mehr Partizipation, Volksentscheiden und anderen Elementen der direkten Demokratie auf. Dies ist in zwei Varianten möglich: Einerseits die republikanische Forderung nach tatsächlicher Selbstregierung – die dann aber die Steuerungsproblematik in komplexen Systemen einer Volksversammlung in die Hände geben würde – und andererseits die autoritäre Forderung nach neuen Eliten, die den „wahren Willen des Volkes“ ausführen sollen – der dann aber wieder von diesen Eliten erst produziert wird, wodurch erneut verschwörungstheoretische Erklärungsmuster virulent werden.

Der politische Gegner wird in Verschwörungstheorien als Feind gesehen, der nicht besiegt, sondern vernichtet werden muss (vgl. Carl Schmitt). Das wird etwa durch Galgen bei Demonstrationen gezeigt. Allerdings richtet sich der Zorn nicht nur gegen die Regierung (die man ja abwählen könnte), sondern zunehmend gegen Unbekannte oder anonyme Massen („Lügenpresse“, Flüchtlinge, Muslime, Juden etc.). Sie werden zwar als Eliten anerkannt (indem man ihnen im Modus der Verschwörungstheorie die Macht unterstellt, die schlechten Zustände herstellen zu können), aber nicht als legitim angesehen. Gegen illegitime Gewalttäter ist aber stets die Putativnotwehr erlaubt – man darf die „Feinde des Volkes“ töten (die machen das ja angeblich auch, und sei es durch die angeblich höhere Geburtenrate, oder durch „Chemtrails“ etc.).

Mit dem popkulturellen Bild des eigenmächtig handelnden Geheimagenten (der sowohl als vorbildlicher Held und Rächer als auch als zu bekämpfender Krimineller verstanden werden kann) soll in diesem Vortrag der Zusammenhang zwischen dem demokratischen Frust an der Konkurrenzdemokratie einerseits und der autoritären Fantasie von der allmächtigen Elite, der auf eine Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen hinausläuft, anschaulich gemacht werden.

Dr. phil. Peter Seyferth, Politischer Philosoph. 1998 M.A. in Politikwissenschaft (Spieltheorie und Moral), 2006 Promotion in Politikwissenschaft (Utopie, Anarchismus und Science Fiction). Lehraufträge an LMU München (GSI), TU München (HfP), VHS. Seit 2014 Mitglied des GIM.

Dr. Katharina Crepaz/Ekaterina Zeiler, M.A.:
Wie Opfer zu Tätern werden
(17.00-18.00 Uhr, Senatssaal)

Wie die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg im März 2016 gezeigt haben, können rechtspopulistische Parteien vermehrt Wählerstimmen auf sich vereinen; die steigende Zahl der Angriffe auf Asylbewerber/innenunterkünfte weist außerdem auf eine zunehmende Radikalisierung der rechten Szene hin. Neben der Gründung der AfD (Alternative für Deutschland) und von PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) steht vor allem der NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) als Zeichen für die rechtsextremistischen Entwicklungsprozesse in Deutschland. Die Ereignisse und der Prozess gegen die NSU-Teilnehmerin, Beate Zschäpe, sind in den Medien allgegenwärtig und machen die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu einer weiterhin aktuellen Thematik. Doch wer waren die Menschen, die bereit waren, für ihre Überzeugungen zu töten? Und warum wurden sie zu Tätern?

In diesem Zusammenhang werden ausländer- und fremdenfeindliche Überzeugungen der Täter mit der Theorie der Deprivation und der Desintegration erklärt. Unter der Deprivationstheorie wird verstanden, dass die Neigung zur Gewalt aus der sozialen Benachteiligung und der Diskriminierung hervorgeht. Das heißt, dass wenn ein Mensch gewalttätig handelt, dieser selbst soziale Benachteiligung erfährt beziehungsweise Opfer der sozialen Vernachlässigung wird. Demnach übt der Mensch gewalttätige Handlungen aus, weil er selbst Opfer sozialer Benachteiligung ist. Bei der Theorie der Desintegration wird ein Zusammenhang zwischen einer „beruflichen, sozialen und moralischen Entwurzelung“ und der persönlichen Gewaltbereitschaft gesetzt. Diese „Entwurzelung“ kann als Ursache für das gesellschaftliche Opfer-Verhältnis gesehen werden. Aus diesem Prozess entwickeln sich das gewalttätige Handeln beziehungsweise die Gewaltbereitschaft. Demnach erfährt der Mensch selbst gesellschaftliche Benachteiligung oder wird sozialer Belastung ausgesetzt und transformiert sich in seiner Selbstwahrnehmung zum Opfer der Gesellschaft. In dieser Opferrolle neigt der Mensch zu Gewalt, um Frustration und inneren Druck auszugleichen und wird somit zum Täter. Im Kontext politischer Diskurse wird häufig die Gruppe der „Modernisierungsverlierer/innen“ als besonders „anfällig“ für rechtspopulistisch-vereinfachende Lösungsvorschläge erwähnt – es soll daher auch thematisiert werden,

wie eine selbst wahrgenommene Opferrolle den demokratischen Prozess und dessen Stellenwert signifikant beeinflussen kann.

Der Workshop soll einen Überblick über die persönlichen Hintergründe und Entwicklungen der drei NSU-Mitglieder geben und anschließend zusammen mit den Workshopteilnehmer/innen analysieren, welchen gesellschaftlichen und persönlichen Belastungen sie ausgesetzt waren und wie diese zur Radikalisierung beigetragen haben könnten. Anschließend sollen diese Belastungen in gesellschaftliche Faktoren eingeordnet werden, um aufzeigen zu können, welche Merkmale der heutige Rechtsextremismus hat und welche Gefahren er mit sich bringt. Zudem soll diskutiert werden, inwieweit und warum rechte und rechtspopulistische Akteure eine Opferrolle annehmen, und wie diese Rolle zur politischen Mobilisierung („wir“ gegen „sie“) und antagonistischen Identitätsbildung ge- und missbraucht werden kann.

Katharina Crepaz, Ph.D. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin (Post-Doc) am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und -politik und am Lehrstuhl Diversitätssoziologie der Technischen Universität München. Forschungsschwerpunkte: Politische Partizipation von marginalisierten Gruppen in Europa, Europäisierungsprozesse der Zivilgesellschaft, Regionalisierung und separatistische Akteure.

Ekaterina Zeiler, M. A. Angewandte Sozial- und Bildungswissenschaften ist Doktorandin an der Technischen Universität München an der Fakultät für Sport- und Gesundheitswissenschaften und seit 2013 Mitglied von „PARTicipation“. Forschungsschwerpunkte: Partizipative und gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Beeinträchtigungen, Rechtsextremismus.

Christian Rehbein:
Institutioneller Rassismus in Deutschland?
(17.00-18.00 Uhr, Saal 1)

Zwischen den Jahren 2000 und 2007 beging der selbsternannte ‚Nationalsozialistische Untergrund (NSU)‘ mindestens zehn Morde; neun davon an Menschen mit Migrationshintergrund. In der medialen Öffentlichkeit wurden diese Taten, die unter anderem als ‚Döner-Morde‘ bezeichnet wurden, lange Zeit in keinem Zusammenhang mit rechter Gewalt oder gar rechtem Terror gestellt. Die Polizei ermittelte vor allem im Bereich der organisierten Kriminalität und verstärkt im Umfeld der Opfer; ein fremdenfeindlicher Hintergrund bei den Morden wurde zwar teilweise aufgeworfen, aber von den zuständigen Behörden nicht konsequent verfolgt. Eine rechtsterroristische Vereinigung konnte sich scheinbar niemand in den Ermittlungsapparaten oder auch in der Politik vorstellen. Erst am 4. November 2011, nachdem sich die beiden mutmaßlichen NSU-Mitglieder Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos in einem abgestellten Wohnmobil nach Angaben der Polizei selbst erschossen, kamen nach und nach die Details um die Taten des NSU an die Öffentlichkeit.

Mittlerweile läuft seit dem 6. Mai 2013 am Oberlandesgericht München ein Ermittlungsverfahren gegen Zschäpe und weitere mutmaßliche Unterstützer mit dem Vorwurf der Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Um weitere

Hintergründe zu untersuchen, welche im Strafprozess keine Beachtung finden, wurde am 26. Januar 2012 ein fraktionsübergreifender Untersuchungsausschuss vom Deutschen Bundestag eingesetzt, welcher am 22. August 2013 seine Ergebnisse zu den Ermittlungen rund um den NSU in Form eines Abschlussberichtes veröffentlichte. Der Untersuchungsausschuss stellte dabei in Bezug auf die Frage, wie so lange schwerste Straftaten unerkannt quer durch Deutschland begangen werden konnten, erhebliche Ermittlungsfehler bei allen dem NSU zugerechneten Straftaten fest, die vor allem mit behördlichen Fehleinschätzungen sowie fehlender Zusammenarbeit der zuständigen Ermittlungsbehörden begründet wurden. Für diese Bewertung wurde der Ausschuss unter anderem von den Vertreter/innen der Nebenklage im NSU-Prozess stark kritisiert, da das entscheidende Problem, der institutionelle Rassismus, nicht benannt wurde. Die Häufigkeit der Behördenpannen und Fehler von Einzelpersonen im Rahmen der Ermittlungen zu den Morden, die heute dem NSU zugerechnet werden, ist tatsächlich nur schwer zu erklären; es drängt sich die Frage auf, ob womöglich ein vorhandener institutioneller Rassismus, wie unter anderem die Vertreter/innen der Nebenklage anmerkten, als Ursache ausschlaggebend für die jahrelangen Ermittlungsfehler gewesen sein könnte.

Der Vortrag soll zum einen einen Überblick darüber geben, was unter wissenschaftlichen Aspekten unter institutionellem Rassismus zu verstehen ist, und zum anderen inwieweit sich dieser anhand der Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses zu den NSU-Ermittlungen nachweisen lässt; auch wenn der Ausschuss in seiner gemeinsamen Bewertung diesen nicht benennt.

Christian Rehbein, seit 2016 Student der Soziologie und Philosophie (M.A.) an der LMU München. Zuvor Studium der Betriebswirtschaftslehre (B.A.) an der Leuphana Universität Lüneburg mit anschließender Tätigkeit im Personalmanagement sowie Studium der Politikwissenschaft mit Nebenfach Soziologie (B.A.) an der LMU München.

Dr. Christian Boeser-Schnebel:
Politik Wagen – Ein Argumentationstraining
(18.15-19.15 Uhr, Senatssaal)

Eine Demokratie lebt davon, dass es Menschen gibt, die in der Politik etwas wagen: Menschen, die es wagen, selbstbewusst ihre Interessen zu artikulieren und offen für die Interessen anderer zu sein. Die es wagen, im Ringen um eine Lösung auch einmal Abstriche in Kauf zu nehmen. Die es wagen, unbequeme Wahrheiten zu formulieren und verbreitete Sündenbockmechanismen zu entlarven. Die es wagen, sich wirklich auf einen Diskurs einzulassen, mit dem Risiko, sich auch einmal überzeugen zu lassen. Die es wagen, zu erkennen, dass es in der Politik selten ein klares „richtig“ und ein klares „falsch“ gibt. Die es wagen, der oftmals allzu schlichten Kritik an der Politik zu widersprechen. Die es wagen, unbequem zu sein, für andere und für sich selbst. Menschen also, die es wagen, in Freiheit Verantwortung zu übernehmen. Demokratie ist die einzige politische Grundordnung, die gelernt werden muss – immer wieder tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein.

Politik zu wagen ist in diesem Sinne eine Herausforderung für uns alle – für Politiker/innen, Journalist/innen, Politische Bildner/innen und für alle Bürger/innen. Eine Herausforderung, für die man sich fit halten muss. Mit dem Argumentationstraining kann man sich auf das Wagnis Politik vorbereiten.

Dr. phil. Christian Boeser-Schnebel ist Akademischer Oberrat am Lehrstuhl für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenen- und Weiterbildung. Er ist Leiter des Netzwerks Politische Bildung Bayern und Initiator eines Argumentationstrainings für Demokratie und Toleranz (www.politikwagen.de).

Literatur:

Boeser-Schnebel, Christian; Hufer, Klaus-Peter; Schnebel, Karin B.; Wenzel, Florian: Politik wagen – Ein Argumentationstraining. Schwalbach / Ts. 2016.

**Podiumsdiskussion:
Über „Täter“ und „Opfer“ in der Demokratie
(20.00-21.30 Uhr, Senatssaal)**

Gerade im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik lässt sich eine Eskalation des politischen Streits feststellen: Die Fronten zwischen PEGIDA, AFD, etc. und zivilgesellschaftlichen Akteuren einer Willkommenskultur verhärten sich. Vergleicht man die Einträge auf den Facebookseite von PEGIDA und PEGIDA#watch, zeigt sich eine klare Abwertung der jeweils anderen Gruppierung, aber auch ein starker Hang zur Selbstgerechtigkeit und zur Diskreditierung des „Feindes“. Bemerkenswert ist, dass sich beide Seiten oftmals als diskriminiertes „Opfer“ der jeweils anderen Seite empfinden. Woher aber kommt die Tendenz, von Tätern und Opfern zu sprechen? Ist das nur ein Mittel in der politischen Auseinandersetzung? Welche Gefahren liegen darin?

Darüber diskutieren:

MdL Robert Brannekämper (CSU)

Münchens Oberbürgermeister a.D. Christian Ude (SPD)

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld (CAP)

Moderation:

Dr. habil. Karin B. Schnebel